



HESSISCHER LANDTAG

08. 06. 2021

Plenum

Antrag

Fraktion der CDU, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Hessen unterstützt die Trägerin des Hessischen Friedenspreises Prof. Dr. Şebnem Korur Fincancı sowie die Meinungs- und Pressefreiheit in der Türkei

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag bekräftigt die Verleihung des Hessischen Friedenspreises an Frau Prof. Dr. Şebnem Korur Fincancı im Jahr 2018. Frau Prof. Dr. Fincancı ist eine herausragende Persönlichkeit, die sich unermüdlich und engagiert für Frieden, Menschenrechte und insbesondere die Rechte von Folteropfern einsetzt. Der Landtag spricht Frau Prof. Dr. Şebnem Korur Fincancı als ehemalige Vorsitzende der Menschenrechtsstiftung der Türkei, jetzige Präsidentin der türkischen Ärztekammer und führende Expertin zur Folterdokumentation und der Aufarbeitung von Folter und Menschenrechtsverletzungen in der Türkei seine Anerkennung aus und solidarisiert sich erneut mit Frau Prof. Dr. Şebnem Korur Fincancı und mit allen, die sich mit friedlichen Mitteln für Demokratie, Meinungs- und Pressefreiheit, Menschenrechte und Frieden einsetzen. Er erwartet, dass das laufende Verfahren gegen Frau Prof. Dr. Fincancı ebenso wie alle anderen Verfahren gegen Oppositionelle, Journalistinnen und Journalisten, Andersdenkende und Menschenrechtlerinnen und Menschenrechtler in der Türkei fair, schnell und unter Wahrung rechtsstaatlicher Prinzipien abgeschlossen wird.
2. Der Landtag kritisiert mit Nachdruck die Inhaftierung zahlreicher Medienschaffender, Oppositioneller, Aktivistinnen und Aktivisten sowie Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern in der Türkei. Insbesondere der aktuelle Versuch, die drittgrößte Oppositionspartei im türkischen Parlament verbieten zu lassen und eine Vielzahl von demokratisch gewählten Abgeordneten mit einem Berufsverbot bestrafen zu wollen, verurteilt der Landtag. Der Landtag verurteilt außerdem die systematische Repression und Kriminalisierung von Andersdenkenden und Angehörigen der Minderheiten in der Türkei durch die Missachtung internationaler Standards für faire Gerichtsverhandlungen, durch staatliche Einflussnahme auf Justiz und Anwaltschaft, durch die Missachtung des Rechts auf freie Meinungsäußerung und gezielte Angriffe auf die Medienfreiheit in der Türkei. Des Weiteren verurteilt der Landtag aufs Schärfste die Aufkündigung der Istanbul-Konvention durch den türkischen Präsidenten.
3. Der Landtag bekennt sich zu den Werten, auf denen sich die Europäische Union gründet. Diese Werte sind die Achtung der Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit und die Wahrung der Menschenrechte. Vor diesem Hintergrund betont der Landtag die Bedeutung von Meinungs- und Versammlungsfreiheit sowie die Einhaltung der Menschenrechte und den Schutz der Zivilgesellschaft. Mit großer Sorge und Bedauern stellt der Landtag eine immer weitere Abkehr von diesen Grundrechten, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit durch die türkische Regierung fest.
4. Der Landtag stellt die besondere Beziehung zwischen Hessen und der Türkei mit Bursa als erste Regionalpartnerschaft eines deutschen Bundeslandes mit einer türkischen Provinz fest. Die engen wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Verflechtungen sind über die Jahrzehnte historisch gewachsen; heute leben über 150.000 türkische Staatsbürgerinnen und Staatsbürger in Hessen. Das durch lange Freundschaft geprägte deutsch-türkische Verhältnis ist durch das Verhalten der türkischen Regierung und die Verletzung

von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in der Türkei schwer belastet. Vor diesem Hintergrund fordert der Landtag die Landesregierung auf, die Gespräche mit den türkischen Partnern – insbesondere mit der Partnerregion Bursa – fortzusetzen. Bestehende Meinungsunterschiede mit der türkischen Staatsregierung dürfen der Freundschaft Hessens mit dem türkischen Volk keinen Abbruch leisten.

Wiesbaden, 8. Juni 2021

Für die Fraktion
der CDU
Die Fraktionsvorsitzende:
Ines Claus

Für die Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Der Fraktionsvorsitzende:
Mathias Wagner (Taunus)